

grüner pfeffer

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt



Inhalt

Gerichtswahlen vom 15. Mai	2
Referendum öffentl. Spitäler	3
Bürgergemeinde Interview	4
Bürgergemeinderatswahlen	5
Abstimmung Familiengärten	6
Abstimmung Dialekt-Initiative	7
Menschenstrom gegen Atom	7
Initiative Grüne Wirtschaft	8
Der ökologische Fussabdruck	8
jgb	9
Infomarkt und Varia	10

Fukushima - Was wir immer schon befürchtet und nie gewollt haben ist jetzt eingetreten, eine Kernschmelze und eine Verstrahlung durch Plutonium löst unvorstellbares Leid in Japan aus. Der Atomausstieg ist drängender denn je. Quelle Bild: DigitalGlobe

Abstimmungen und Wahlen 15. Mai
Ökologischer Fussabdruck
Initiative Grüne Wirtschaft



Gerichtswahlen vom 15. Mai - Claudius Gelzer unser Kandidat für das Appellationsgericht

Der Vorstand der Grünen hat **Claudius Gelzer** für ein 70%-Präsidium am Appellationsgericht nominiert. Wir haben Claudius Gelzer als Juristen kennen gelernt, der mit breitem juristischen Wissen engagiert, sachkundig, sozialkompetent und ökologisch bewusst arbeitet.

Claudius Gelzer hat als stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung des Bau- und Verkehrsdepartement, als Anwalt, als Richter am Zivilgericht und zuvor als Volontär bei Gerichten und in der Advokatur vertiefte Erfahrung in den verschiedenen Rechtsgebieten gewonnen, die das Appellationsgericht behandelt. Er hat das Jusstudium mit der Höchstnote abgeschlossen und für seine rechtsvergleichende Dissertation den angesehenen Amerbachpreis der Juristischen Fakultät erhalten.

Als Lehrer für Wirtschaftsrecht an der Akad Schule für Rechnungs- und Treuhandwesen hat er gelernt, rechtliche Fragen auch für juristische Laien verständlich und anregend zu vermitteln. Diese Eigenschaft wird ihm auch als Appellationsgerichtspräsident zu Gute kommen.

Claudius Gelzer ist auch nebenberuflich vielseitig engagiert. Er ist Präsident des Vereins Kulturwerkstatt Kaserne und Stiftungsrat im Alters- und Pflegeheim Marthastift. In diesen Funktionen lernt er Leute mit verschiedenen beruflichen Hintergründen und Denk-



Gerichtswahlen Basel-Stadt
am 15. Mai 2011



weisen kennen und setzt sich mit ihnen auseinander. Die entsprechenden Erfahrungen kann er erfolgreich in seinen juristischen Berufsalltag integrieren.

Claudius Gelzer ist seit Jahren als Mitglied bei den Grünen aktiv und hat wiederholt für den Grossen Rat kandidiert. Er wurde von den Grünen nicht nur für das Präsidium am Appellationsgericht, sondern auch für die anstehenden Bürgergemeinderatswahlen nominiert.

Wir freuen uns über die tolle Kandidatur und wünschen Claudius Gelzer viel Erfolg.



Dr. Elisabeth Braun
Zivilgerichtspräsidentin

Impressum

grüner pfeffer -
Informationsbulletin der
Grünen Partei Basel Stadt

Herausgeberin:

Grüne Partei Basel-Stadt,
Greifengasse 7, Postfach 1442,
4001 Basel,
061/383 98 33,
sekretariat@gruene-bs.ch,
www.gruene-bs.ch
PC 40-19338-4

Auflage:

ca. 950 Stk., erscheint 4 mal jährlich

Abo:

Fr. 25.- (für Mitglieder im
Jahresbeitrag inbegriffen)

Redaktion:

Philippe Bovet, Harald Friedl,
Eveline Rommerskirchen

Druck:

Rumzeis, Basel

grüner pfeffer Nr. 02 |
April 2011

Zusammen mit Claudius Gelzer unterstützen wir folgende Kandidaturen für die weiteren Ge- richtsstellen:

Christian Hoenen (SP, 100% Appellationsgericht)
Eva Christ (SP, 50% Appellationsgericht)
Oliver Steiner (SP, 50% Appellationsgericht)
Anita Heer (SP, 50% Zivilgericht)
Poonsap Stähelin (Parteilos, 50% Zivilgericht)

Zur möglichen Abstimmung vom 15. Mai Referendum gegen die Verselbständigung der öffentlichen Spitäler

Am 15. Mai wird voraussichtlich darüber abgestimmt, ob die öffentlichen Spitäler des Kantons verselbständigt werden sollen. Der VPOD und die SP haben das Referendum ergriffen, weil im Grossen Rat die Vorlage durch die bürgerliche Mehrheit in einem wichtigen Punkt verschlechtert wurde. Deshalb stehen auch die Grünen der Vorlage kritisch gegenüber.

Neue Spitalfinanzierung

Anfang des nächsten Jahres tritt die vom Bund mit dem neuen Krankenversicherungsgesetz (KVG) beschlossene neue Spitalfinanzierung in Kraft. Während sich bisher die öffentlichen Spitäler über ihre Einnahmen finanzierten und ein Defizit mit Steuergeldern ausgeglichen werden konnte, ist dies in Zukunft nicht mehr erlaubt. Die Spitäler müssen sich in Zukunft ausschliesslich durch Einnahmen aus verrechneten Leistungen finanzieren. Die Kantone übernehmen einen festen Anteil der stationären Behandlungskosten ihrer Einwohner, unabhängig davon, in welchem Spital sich diese behandeln lassen. Die freie Spitalwahl gilt in Zukunft für alle. Neu ist, dass der Finanzierungsmodus für öffentliche und private Spitäler identisch ist, sofern ein Spital auf einer kantonalen Spitalliste steht. Gleichzeitig werden in der ganzen Schweiz die neuen Fallkostenpauschalen (DRG) eingeführt, was eine zusätzliche Herausforderung für die Spitäler und ihr Personal darstellt. Motiviert ist die Reform von der Idee, dass durch mehr Wettbewerb zwischen den Spitalern zumindest langfristig eine Kostendämpfung bewirkt wird.

Die neue Spitalfinanzierung als Anlass für die Verselbständigung
Für die Spitäler entsteht eine völlig neue Ausgangslage. Öffentliche und private Spitäler haben im Hinblick auf die neue Finanzierung massiv aufgerüstet und es

ist zu befürchten, dass durch die Fallkostenpauschalen sich nicht nur der administrative Aufwand, sondern auch wirtschaftliche gegenüber medizinischen Kriterien grösseres Gewicht erhalten. Der Druck auf das Personal im Gesundheitswesen dürfte sich erhöhen. Zu befürchten ist, dass mehr Markt zu neuen Bedürfnissen und Angeboten führt. Es werden jedenfalls massiv mehr Steuergelder an Privatspitäler fließen, allein in Basel-Stadt voraussichtlich 45 Mio. Franken. Aus heutiger Sicht ist erstaunlich, dass gegen die neue Spitalfinanzierung kein Referendum ergriffen wurde, da von vielerlei Seite Kritik an der neuen Finanzierung formuliert wird und zahlreiche offene Fragen bestehen. So ist unverständlich, wer in Zukunft die Ausbildung zum Facharzt finanziert.

Verselbständigung unumgänglich

Aus Sicht der Grünen ist durch die im KVG vorgesehene neue Spitalfinanzierung eine Verselbständigung der öffentlichen Spitäler unumgänglich geworden. Mit der vom Grossen Rat beschlossenen Vorlage stehen die Voraussetzungen dazu jedoch unter einem schlechten Stern. Die CVP konnte sich mit dem Antrag durchsetzen, dass in Zukunft die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Kantons (das Lohn- und Personalgesetz) für das Personal der ausgelagerten Spitäler nicht mehr gelten soll. Damit wurde die Vorlage in einem entscheidenden Punkt verschlechtert. Immerhin konnte im Grossen Rat verhindert werden, dass auch die geltenden Bedingungen für die berufliche Vorsorge des Personals in Frage gestellt werden, wie dies von der FDP und SVP verlangt wurde. Mit der vom Grossen Rat beschlossenen Vorlage ist hingegen der gesetzliche Schutz des Personals gegen eine Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gefolge

der Verselbständigung nicht mehr garantiert. Die Meinungen darüber, ob deswegen eine Ablehnung der gesamten Vorlage gerechtfertigt ist, gehen bei den Grünen, genauso wie bei zahlreichen Personalverbänden auseinander, sind doch die zukünftigen Personalregelungen trotz Verschlechterung der Vorlage vergleichbar mit jenen des UKBB. Unter den gegebenen Umständen begrüssen es die Grünen, dass das Volk über die Vorlage entscheiden kann. Hingegen teilen wir die grundsätzliche Kritik an der Verselbständigung der Spitäler nicht, weil diese weder zwangsläufig zu einer Zweiklassenmedizin führen muss, noch einer Privatisierung gleichkommt. Die Spitäler bleiben öffentlich und unterstehen auch zukünftig der Aufsicht des Regierungsrats und der Oberaufsicht des Grossen Rats.

Der definitive Entscheid über eine Unterstützung des vom VPOD und der SP angestrebten Referendums wird von der Mitgliederversammlung der Grünen am 12. April (nach Redaktionsschluss) gefällt werden.



Jürg Stöcklin
Präsident Grüne
Partei Basel-Stadt
Grossrat

Die Bürgergemeinde - Ein Interview mit Eva Dietschy

Am 15. Mai finden die Bürgergemeinderatswahlen statt. Die 40 Mitglieder des Bürgergemeinderats werden jeweils für eine Amtsdauer von 6 Jahren gewählt. Wahlberechtigt sind nur Basler Bürgerinnen und Bürger. Eva Dietschy ist seit knapp drei Jahren Statthalterin (Vizepräsidentin) der Bürgergemeinde. Bei einer erfolgreichen Wiederwahl wird sie im September Präsidentin 2011-2014. Wir trafen Eva Dietschy zum Gespräch.

Eva, seit wann bist du in der Bürgergemeinde?

Eva Dietschy: Ich bin seit 1996 dabei. Durch Freunde des Landesring der Unabhängigen (LDU), auch Migros Partei genannt, bin ich dazu animiert worden zu kandidieren. Nach meiner Wahl habe ich gemerkt, dass ich eine schlecht vernetzte Neue war. Ich kam immer wieder mit Basler Institutionen in Berührung die mir fremd waren. Ich merkte auch, dass die Stimmung in der Bürgergemeinde sehr bürgerlich ist. Ich musste mich an das alles gewöhnen, um meinen Einfluss zu erhöhen und meine grüne Gesinnung einzubringen. Man lernt auch sich zu behaupten, argumentativ stark zu sein, Lobbying zu treiben. Das war für mich alles Neuland.

Was hast du für Geschäfte?

ED: Ich bin diejenige mit den meisten Mandaten. Ich bin Statthalterin, in der Aufsicht- und in der Einbürgerungskommission. Wir haben in Basel zwar eine ziemlich liberale Einbürgerungspolitik, aber man muss sich vorstellen wie diese Einbürgerungsgespräche stattfinden und was er bedeutet: wie führt man ein Interview, so dass die Leute nicht das Gefühl haben man behandelt sie von oben herab. Diese Arbeit finde ich besonders spannend und rührend.

Kannst du dich in der Bürgergemeinde auch für die Ökologie einsetzen?

Die Möglichkeiten der Einflussnahme sind da. Man kann sich für nachhaltige ökologische Be-

wirtschaftung der Liegenschaften im Eigentum der Bürgergemeinde einsetzen. Auch innerhalb der CMS mit denselben Kriterien. Bei der Arbeit beim CMS im Dreispitz kann man einiges mitgestalten.

Was hast du in der Bürgergemeinde verbessern können?

ED: Bei der Einbürgerungspraxis habe ich oder haben wir das Niveau der Interviews erhöht. Das war absolut notwendig. Eigenartig war, dass du in der Bürgergemeinde und in die Einbürgerungskommission gewählt werden kannst, ohne ein Gespür für Psychologie zu haben. Und du bist plötzlich an einem wichtigen und repräsentativen Ort und niemand hinterfragt, was du für eine Ausstrahlung hast, wie du auf den anderen zugehst. Man verlangt von den Einbürgerungswilligen, dass sie korrekte deutsche Sätze wiedergeben können und Zusammenhänge sehen, aber von uns auf der repräsentativen Seite verlangt man nichts.

Wie ist die Stimmung generell in der Bürgergemeinde?

ED: Zwar freundlich, aber mit wenig Verbindung zwischen den Mitgliedern der Bürgergemeinde. Leider wird zu wenig ausgetauscht, jede Seite bleibt bei ihrer Meinung und Kontakte gehen selten über die Blöcke hinweg. Nach einer Sitzung geht die eine Hälfte dort essen und die andere anderswo. Es ist wie die Achse des Bösen (sie lacht). Die Parteien versuchen sich zu profilieren, was oft absolut lächerlich und übertrieben politisch ist, da unsere Geschäfte klein sind.

Du scheinst eine bestimmte Unzufriedenheit dieser Bürgergemeinde gegenüber zu zeigen?

ED: Man hört von einigen Leuten in der Bürgergemeinde, dass wir mehr PR-Arbeit leisten sollten um uns bekannter zu machen. Früher gab es grosse Aufgaben, aber es ist zum Teil vorbei. Und die Reform von 2009 hat noch einiges dazu beigetragen. Dass die Bürgergemeinde nicht bekannt ist, hat damit zu tun, dass sie nicht mehr so wichtig ist. Das Image nach Aussen



Statthalterin Eva Dietschy im Gespräch mit Philippe Bovet.

ist zweitrangig, doch ist das kein Grund unsere Tätigkeiten nicht gut zu machen. Ich lebe diese Bescheidenheit und nehme meine Arbeit ernst. Ein Beispiel: Das Verhältnis zwischen Kanton und Bürgergemeinde ist nicht das Beste. Unsere Rolle wird klein gemacht. Die Folge ist, dass ich persönlich zu wenig Kontakt mit dem Grossen Rat habe. Die Kommunikation kann ich mir aber selber organisieren und die Informationen einholen.

Soll die Rolle der Bürgergemeinde in Frage gestellt werden?

ED: Ich habe zwiespältige Gefühle. Es ist zwar ein schönes demokratisches Werkzeug, aber wir haben in der Tat wenig zu tun. Das Plenum ist etwas träge. Es mag etwas böse klingen, aber einige sitzen auf ihrem Stuhl und tun wenig. Wir könnten von zu Hause aus per Internet abstimmen und würden dabei nichts verlieren. Wir müssen uns entscheiden: entweder Mut aufbringen um die Bürgergemeinde aufzulösen oder mit Power einen neuen Weg finden. Ich bin für Effizienz, motivierte Leute und für die Verkleinerung. Es muss eine würdige Vertretung bleiben, darf aber nicht zur Farce verkommen.

Für weitere Informationen zum Bürgergemeinde, Bürgergemeinderat, Bürgerrat und zu ihren Aufgaben und Gremien (Bürgerspital, Waisenhaus, CMS...):

www.buergergemeindebasel.ch



Das Interview führte Philippe Bovet Journalist, Vorstand Grüne Basel-Stadt

Bürgergemeinderatswahlen vom 15. Mai - Unsere Kandidatinnen und Kandidaten im Überblick



Eva Dietschy, bisher
Statthalterin Bürger-
gemeinderat



Eda Camlibel
Schülerin HMS



Lieve Bosmans
Geschäftsleiterin,
ehemalige Grossrätin



Sibylle Hosch
Direktionssekretärin



Lucienne Renaud,
lic. iur. Richterin
Appellationsgericht



Evelyn Stucki
Verwalterin Wohn-
genossenschaft



Lukas Holm
Informatiker



Stefan Rommerskirchen
Dr. rer. pol
Verkehrspolitberater



Benedikt Christ, MSc
Co-Präsident junge
grüne nordwest (jgb)



Claudius Gelzer,
Dr. Advokat
Präsident Kaserne



Jürg Stöcklin,
Prof. Dr.
Präsident Grüne BS

**Wählt
Liste 8**

Ja zu Familiengärten in Basel – aber mit Augenmass

Die Geschichte um die Basler Familiengärten hat ein ungeahntes Ausmass an Spannung angenommen. Für die ursprüngliche Initiative spricht sich zwar niemand mehr aus und trotzdem müssen wir am 15. Mai darüber abstimmen.

Aber von Anfang an...

Als Reaktion auf die Pläne des Regierungsrats, für 4500 Personen neuen Wohnraum vor allem an den Stadträndern zu schaffen, haben die Familiengartenvereine eine Initiative eingereicht, die verlangt, dass alle Gärten in der heutigen Form und am heutigen Standort erhalten bleiben. Vergessen gingen dabei die Gartenareale ausserhalb des Kantons Basel-Stadt. In der Grossratsdebatte lag ein Gegenvorschlag der Bau- und Raumplanungskommission vor, den die Grünen mit Anträgen so verbessert hatten, dass neben den mindestens 82 Hektaren, die in Basel erhalten bleiben sollen auch mindestens 80% aller Gärten, welche vom Kanton verwaltet werden – also auch im nahen Frankreich und Baselland – bestehen bleiben. Zusätzlich wird eine eigene Familiengartenzone geschaffen, welche den Erhalt der Flächen langfristig sichern soll. Dafür müssen die Gärten nicht alle am heutigen Standort erhalten bleiben. Damit wurden die vom Initiativkomitee im Laufe der Verhandlung gestellten Forderungen allesamt erfüllt.

Nach Beschluss dieses Gegenvorschlags konnten die Gärtner sogar bereits vor der Abstimmung die Umsetzung des Gegenvorschlags aushandeln – in Form des Gegenvorschlags plus. Das Wörtchen ‚mindestens‘ gab dem Regierungsrat die Flexibilität den beschlossenen Umsetzungsentwurf mit den jeweiligen Vereinen im Detail zu verhandeln. Regierungsrat Wessels tat damit das, was er nach der Abstimmung sowieso hätte tun müssen: die konkrete Umsetzung des vom Grossen Rat verabschiedeten unformulierten Gegenvorschlags. Trotz interner Konflikte hat sich eine Mehrheit (über 75%) der



Die Familiengärten müssen sich öffnen für neue Ideen und Projekte.

Foto: Juri Weiss

Vereinspräsidenten klar für den Gegenvorschlag ausgesprochen und akzeptierte somit den grosszügigen Ausgleich zwischen dem Erhalt der Grünflächen und der dringend notwendigen Stadtentwicklung. Mit einem Ja zum Gegenvorschlag verzichtet die Stadt auf einen Viertel der im Zonenplan vorgesehenen Wohnfläche an den Stadträndern und kann somit neuen Wohnraum für ca. 3'500 neue Einwohner schaffen. Aus grüner Sicht ist dies ein guter Kompromiss. Er berücksichtigt die Interessen des Kantons sich weiterentwickeln zu können, attraktiven Wohnraum zur Verfügung zu stellen und damit ökologisches Wohnen in der Stadt zu fördern. Er stellt aber ebenfalls sicher, dass eine gut verträgliche Lösung für die FamiliengartenbesitzerInnen umgesetzt wird. Denn die konkrete Umsetzung sieht eine Etappierung der Überbauung bis 2025 vor, sodass für alle Betroffenen gute Lösungen gefunden werden können. Die Familiengärten sollen zusätzlich in Zusammenarbeit mit den Gartenvereinen aufgewertet werden. Dadurch bleibt ökologisch aber auch gesellschaftlich wichtiger Grün- und Freiraum erhalten, der die Lebensqualität in Basel verbessert.

Auch den Familiengärtnern ist heute klar, dass sie sich bewe-

gen müssen. Die Zeit, in der jeder sein Unkraut allein jätet, ist vorbei. Die Familiengartenareale müssen sich öffnen für neue Ideen und Projekte wie zum Beispiel Studentengärten, für kleine Spielplätze oder öffentliche Wege, für den biologischen Anbau und für die breite Bevölkerung, die keine Ahnung hat, wie man einen Salat anpflanzt oder ob ein Zucchini im Januar aus der Schweiz oder aus Marokko kommt. Die Familiengärten sind eine Chance, der Bevölkerung den Umgang mit unseren Ressourcen näher zu bringen und einen Bezug zur eigenen Ernährung herzustellen.

Die Grünen haben gemeinsam mit dem WWF, Pro Natura und Mitgliedern des Zentralverbands der Basler Familiengärten das Komitee Ja zum Gegenvorschlag, Nein zur Familiengarteninitiative gegründet. Das Komitee ist überzeugt, dass der Gegenvorschlag den Ausgleich zwischen Stadtentwicklung und Lebensqualität schafft. Unterstützen auch Sie den Gegenvorschlag für eine attraktive Wohnstadt Basel!



Mirjam Ballmer
Grossrätin Grüne
Partei Basel-Stadt

Komm an den zweiten Grossanlass vom MenschenStrom gegen Atom!

Sonntag, 22. Mai 2011

MENSCHENSTROM GEGEN ATOM

Die Zukunft ist 100% erneuerbar!

Gemeinsam, gewaltfrei und zu Fuss für eine sichere und saubere Zukunft!

Mehr Infos unter:
www.menschenstrom.ch
info@menschenstrom.ch
+41 (0)77 472 01 39



Abstimmung zur Dialekt-Initiative

Am 15. Mai stimmen wir über die Dialekt-Initiative und den grossrätlichen Gegenvorschlag ab. Die Initiative wurde von bunte gemischten Komitee der IG-Dialekt als Folge von Vorschlägen aus dem Erziehungsdepartement zum Umgang mit Dialekt im Kindergarten lanciert. Die Initiative wurde trotz grossrätlichem Gegenvorschlag nicht zurück gezogen.

In der Lehrplananpassung vom Februar 2009 hat der Regierungsrat beschlossen, dass künftig das Kindergartenlehrpersonen durchschnittlich während mindestens der Hälfte der Unterrichtszeit Standardsprache (Hochdeutsch)

sprechen soll. Für die Kinder gilt auch in Zukunft die freie Sprachwahl. Die Dialektförderung wird als neuer Schwerpunkt in den Kindergartenlehrplan aufgenommen.

Die Volksinitiative „Ja zum Dialekt im Kindergarten“, die vor dem regierungsrätlichen Beschluss lanciert wurde fordert, dass „Die Unterrichtssprache in den ersten beiden Jahren nach der Einschulung (Kindergartenstufe) Dialekt ist.“ Nach Einreichung der Initiative hat der Grosse Rat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, mit der Formulierung „Im Kindergarten enthält der Lehrplan im Bereich Sprachen für Dialekt und Standarddeutsch

gleichwertige Lernziele.“

Der Gegenvorschlag konnte die Initianten nicht überzeugen, weshalb die Vorlage zur Abstimmung gelangt. Das Initiativkomitee argumentiert vor allem damit, dass im Lehrplan von mindestens der Hälfte der Unterrichtszeit gesprochen wird, was im Extremfall 100% heissen könnte. Wenn aber die Lehrperson aus Deutschland kommt, dann ist dies sowieso nicht zu umgehen. Den Gegenvorschlag unterstützten alle Fraktionen ausser die SVP.

Die Grüne Partei wird die Parolen für diese Abstimmung an ihrer Jahresversammlung fassen.

Der ökologische Fussabdruck

Das Konzept des ökologischen Fussabdruck wurde 1994 vom Basler Mathis Wackernagel und von William E. Rees entwickelt. Er zeigt auf, wie die Menschheit für ihre Bedürfnisse die Ressourcen der Erde beansprucht. Und kein Wunder, wir brauchen viel mehr als uns die Erde zur Verfügung stellen kann. Mit anderen Worten, wir leben auf Pump.

Das Konzept des ökologischen Fussabdruck beschäftigt die Umweltbewegung stark, da dadurch deutlich wurde, was einige schon seit langer Zeit ahnten: es kann so nicht weiter gehen. Auf der Webseite vom WWF kann man folgen-des lesen: «unser Fussabdruck ist im Zeitraum von 1961 bis 2003 um das Dreifache angewachsen und damit ist die Regenerierbarkeit der Erde heute um 25 Prozent überschritten. Am meisten ins Gewicht fällt der CO₂-Fussabdruck, der durch die Verbrennung fossiler Treibstoffe verursacht wird: Er war 2003 neun Mal grösser als 1961.» Die Website von Greenpeace fügt noch hinzu: «Mit dem Ökologischen Fussabdruck lassen sich der Bedarf des Menschen an Nahrung, Energie und Konsumgütern, sowie seine Auswirkungen auf die Umwelt erfassen. Die Grösse des Fussabdruck entspricht der Fläche, die benötigt wird, um Rohstoffe zu reproduzieren und Schadstoffe abzubauen. Vergleicht man den Fussabdruck mit der weltweiten Fähigkeit der Ökosysteme, Ressourcen zu er-

neuern und Abfälle aufzunehmen, ergibt sich das Datum des Ökologischen Schuldentages.»

Zum Jahr 2007 schreibt Greenpeace: «Der Ökologische Schuldentag 2007 ist erreicht. Seit dem 6. Oktober sind alle weltweit verfügbaren natürlichen Ressourcen, die unsere Erde in diesem einen Jahr regenerieren kann, ausgeschöpft. Ausgebeutete Rohstoffe können nicht mehr auf natürliche Weise ersetzt, Müll, den wir erzeugen, nicht mehr abgebaut werden. Treibhausgase, die wir jetzt noch in die Atmosphäre blasen, kann das Ökosystem Erde nicht mehr ausgleichen.»

Wir alle haben als Individuen vier Grundbedürfnisse, für die wir verschiedene Arten von Ressourcen direkt oder indirekt benützen: das Wohnen, die Mobilität (beruflich, in der Freizeit...), das Konsumieren (Lebensmittel, Kleidungsstücke...) und den Müll (bzw. seine Entsorgung). Einige Elemente werden nicht direkt von uns, sondern von Industrie und Verwaltungen erzeugt, aber als Käufer oder Nutzer sind wir mit diesen Prozessen indirekt verbunden.

In einigen Gebieten der Welt sind die Bedürfnisse folgenlos, z.B. bei Ureinwohnern. Dies sind aber Ausnahmen. Der WWF schreibt: «Den stärksten ökologischen Fussabdruck hinterlassen die Vereinigten Staaten, Finnland, Kanada, Estland, Schweden und Norwegen. Die Schweiz nimmt den 16. Platz in der Rangordnung ein und hat demnach guten Grund, den eigenen Lebensstil zu überdenken»

Die Umrechnung auf die genutzte Energie macht den Fussabdruck noch anschaulicher, da man so alles mir einer einzigen Einheit messen und vergleichen kann. So verbraucht ein Durchschnittsamerikaner 12'000 Watt, ein Europäer 6'000 und ein Einwohner von Bangladesch nur einige hundert. 2000 Watt ist der allgemeine Energiemittelwert auf der Erde. Diesen Wert hatten die Europäer anfangs der 60er Jahre. Auf dieses Niveau sollten wir zurückkehren, meint unter anderem die „2000-Watt-Gesellschaft“.

Jeder von uns kann seinen Fussabdruck verkleinern indem er oder sie den Inhalt in den vier Schubladen - Wohnen, Mobilität, Konsum und Müll - reduziert. Es geht darum erneuerbare Energien zu fördern und sich weniger motorisierte Mobilität zu leisten, seine Einkäufe zu überdenken, weniger Müll zu produzieren oder wenigstens zu rezyklieren, auf nicht zu grossen Flächen wohnen, mieten und teilen statt besitzen... Die meisten Umweltverbände bieten einen Kalkulator zur Berechnung des persönlichen Fussabdruckes an. Machen Sie die Probe.

Quellen : Webseiten vom WWF, Greenpeace, One planet living, Novatlantis und Wikipedia



Philippe Bovet
Journalist, Vorstand
Grüne Basel-Stadt

Die Grünen haben eine Initiative für eine Grüne Wirtschaft lanciert.

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“ fordert:

- dass der ökologische Fussabdruck der Schweiz sich bis ins Jahr 2050 auf eine Erde reduziert.
- konkrete Zwischenziele zur Erreichung dieses Fussabdrucks, sowie regelmässige Berichterstattung durch den Bund.
- falls die Zwischenziele nicht erreicht werden, muss der Bund zusätzliche Massnahmen einleiten.

Helft mit, die Wirtschaft umzubauen, damit unsere Nachkommen Lebensgrundlagen vorfinden, mit denen sie ihre Grundbedürfnisse befriedigen können.

Weitere Infos, Unterschriftenbögen und Argumentarium unter: www.gruenewirtschaft.ch

Das junge grüne bündnis nordwest macht Wahlkampf! ...und kennt keine Grenzen.

Das junge grüne bündnis nordwest (jgb) hat die Plakate seiner Landratskandidatinnen und Landratskandidaten in Basel aufgehängt um aufzuzeigen, dass es auch politische Kräfte gibt, welche für eine überkantonale, starke Region Basel eintreten. Das junge grüne bündnis nordwest will die Kantonsgrenzen politisch überschreiten, wie das im Alltag bereits tagtäglich der Fall ist.

Das Baselbiet, der Stadtkanton Basel, das Fricktal und das Schwarzbubenland sind heute in Bezug auf die Arbeit und Freizeit bereits grenzenlos eng verknüpft. Das junge grüne bündnis nordwest hat sich anfangs 2011 vor allem auf das Baselbiet und seine Landratswahlen konzentriert. Eine Ausweitung auf die Nachbarsregionen steht in Aussicht.

Jugendliche und junge Erwachsene nehmen in ihrem Alltag die Grenzüberschreitungen kaum wahr. Zentrumsleistungen wie Kultur, Bildung und Arbeit sind wichtige Funktionen, welche sich nicht ohne die kantonale Zusammenarbeit weiterentwickeln werden.

Mit Besorgnis beobachtet das junge grüne bündnis nordwest ein zunehmendes Auseinanderdriften der beiden Basel. Mit Argusaugen werden wir diese Entwicklung weiter verfolgen und mit vereinten, überkantonalen Kräften entgegenwirken. Der Auftakt dazu erfolgte mit dem Landratswahlkampf im Rathaus Basel. Wahlplakate junger grüner Landratskandidatinnen und Landratskandidaten wurden am Marktplatz und im Rathaus präsentiert, um die Grossräte und die Basler Bevölkerung auf das Geschehen auf dem Land aufmerksam zu machen.

Anina Ineichen und Benedikt Christ



Infomarkt und Varia

Interna

Nationalratswahlen 2011:

Das Grüne Bündnis hat am 30. März ihre Kandidatinnen und Kandidaten an einer gemeinsamen Versammlung nominiert. Unter grossem Applaus wurde die Liste mit Anita Lachenmeier (bisher), Mirjam Ballmer, Michael Wüthrich sowie Sibel Arslan und Brigitta Gerber von den Anwesenden nominiert. An der Versammlung konnten wir viele Gäste begrüßen. So war der neu in den Landtag des Landes Baden-Württemberg gewählte Grüne Josha Frey, die Vizepräsidentin der Grünen Schweiz Aline Trede und der Genfer Fraktionspräsident der Grünen Schweiz Antonio Hodgers anwesend.



Die Kandidierenden vom Grünen Bündnis von links: Sibel Arslan, Mirjam Ballmer, Michael Wüthrich, Anita Lachenmeier und Brigitta Gerber.

Abstimmungen

Kantonale Abstimmungen vom 15. Mai 2011

Volksinitiative „zum Schutz von Basler Familiengartenarealen“ sowie diesbezüglichem Gegenvorschlag des Grossen Rates (Seite 6)

Grossratsbeschluss betreffend das Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (Seite 3)

Volksinitiative „Ja zum Dialekt“ sowie diesbezüglichem Gegenvorschlag des Grossen Rates (Seite 7)

Die Parolenfassung erfolgte nach Redaktionsschluss an der Jahresversammlung vom 12. April. Die Parolen sind auf unserer Website www.gruene-bs.ch publiziert.

Wahlen

Kantonale Wahlen vom 15. Mai 2011

Gerichtswahlen Appellations- und Zivilgericht (Seite 2)
Bürgergemeinderatswahlen (Seiten 4-5)

Termine

Gründung NWA Basel Dienstag 26. April 2011

Parterre, 19:00
Gründungsversammlung des NWA Region Basel mit anschliessender musikalischer Unterhaltung

Menschenstrom gegen Atom

Sonntag 22. Mai 2011

Besammlungsort zum Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Grossanlass gegen die Atomkraft. Kommt alle und setzt ein Zeichen. Die Atomkraft hat endgültig ausgestrahlt. Weitere Details: www.menschenstrom.ch.

Nationaler Frauen Aktions- und Streiktag Dienstag 14. Juni 2011

Aktionen in der ganzen Schweiz. Mehr Infos unter www.14juni2011.ch

Details zu Veranstaltungen auf unserer Website:
www.gruene-bs.ch

Kontaktformular der Grünen Partei Basel-Stadt

- o Ich will Mitglied werden! Jahresbeitrag 150.- (Reduktion für Erwerbslose)
- o Ich interessiere mich für die Grüne Partei! Bitte nehmt mit mir Kontakt auf
- o Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer! Fr. 25.--

Name, Vorname:

Strasse: Plz./Ort:

E-Mail: Tel.:

Einsenden an: Grüne Basel-Stadt, Greifengasse 7, Postfach 1442, 4001 Basel
E-Mail: sekretariat@gruene-bs.ch

Konto: PC 40-19338-4
Website: www.gruene-bs.ch

